



Dienstgeberseite
der Arbeitsrechtlichen Kommission
des Deutschen Caritasverbandes e.V.



Dienstgeberseite der
Arbeitsrechtlichen Kommission
Diakonie 
Deutschland

- Die Dienstgeber in den Arbeitsrechtlichen Kommissionen von Caritas und Diakonie Deutschland -

An

den Bundesminister für Arbeit und Soziales
Herrn Hubertus Heil
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

und

den Bundesminister für Gesundheit
Herrn Jens Spahn
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Berlin, 07. April 2020

Sozialschutz und Herausforderungen kirchlicher Sozialpartnerschaften

Sehr geehrter Herr Bundesminister Heil,
sehr geehrter Herr Bundesminister Spahn,

im Namen der Dienstgeber des Deutschen Caritasverbandes (DCV) und der Diakonie Deutschland (EWDE) danken wir Ihnen sehr herzlich und aufrichtig für Ihr besonderes Engagement für die Einrichtungen der Wohlfahrtspflege als einem wichtigen Bestandteil der Gesellschaft im Rahmen des „Sozialschutz-Paketes“ anlässlich der Covid-19-Pandemie in Deutschland.

Wir gestalten in unseren Arbeitsrechtlichen Kommissionen die Arbeitsbedingungen für einen Großteil der 1,3 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig, verbindlich und auf hohem und sehr hohem Tarif-Niveau. Damit stärken wir aktiv die Tarifbindung in Deutschland. Unsere Herangehensweise und unser Engagement für unsere Mitarbeitenden in der Pflege sind aus der Konzertierte Aktion Pflege bekannt und gelten selbstverständlich für alle Beschäftigten in allen weiteren Bereichen der kirchlichen Wohlfahrtspflege – von der Suchtberatung über Krankenhäuser der Maximalversorgung und allen Arten der Altenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe sowie Angebote für Menschen mit Behinderungen.

Heute wenden wir uns mit Bitten zu zwei Themenbereichen an Sie, die wir für unsere gewachsene sozialpartnerschaftliche Arbeit in unseren Kommissionen für dringlich erachten, die aber sicherlich auch für Mitarbeitende, Einrichtungen und Sozialpartner in anderen Bereichen der Wohlfahrtspflege wichtig sind:

1. In vielen unserer Bereiche arbeiten Mitarbeitende an der Belastungsgrenze, um systemrelevante Leistungen in der Corona-Krise zu erbringen. Wir begrüßen Ihre Zusage, auch eine materielle Prämie für diesen Personenkreis (aller Branchen) zu erbringen. Für eine sozialpartnerschaftliche Regelung in unseren Arbeitsrechtlichen Kommissionen benötigen wir eine verbindliche Refinanzierungszusage, die auf eine steigende Belastung für die Einrichtungen oder Bewohner/Angehörige durch höhere Eigenanteile verzichtet. Die entsprechenden Signale seitens der zuständigen Kassen haben wir wahrgenommen und wären Ihnen dankbar, wenn Sie diese in ihren Bemühungen um möglichst bundeseinheitliche Regelungen für alle engagierten Berufsgruppen unterstützen würden. Ergänzend halten wir fest, dass wir auch eine Reduzierung der (monatlichen) Steuerschuld auf den bereits geschuldeten Arbeitslohn als Zeichen der Wertschätzung unter Refinanzierungs- und Liquiditätsgesichtspunkten weiter für nachdenkenswert halten.
2. Andere Tätigkeitsbereiche sind trotz Tätigwerdens von Mitarbeitenden in den systemrelevanten Diensten von Kurzarbeit betroffen. Wir regen dringend an, eine Klarstellung vorzunehmen, dass Aufstockungsbeträge bundeseinheitlich aufgrund von kollektivrechtlichen Vereinbarungen erstattet werden und die Kosten der Aufstockung auch bei der sogenannten 75 %-Regelung des Sozialschutz-Paketes als darüber hinaus gehende Kosten anerkannt werden. Ohne eine solche bundeseinheitliche klarstellende Vorgabe können wir in der Wohlfahrtspflege unsere sozialpartnerschaftliche Aufgabe nicht verantwortlich existenzsichernd wahrnehmen: Denn in den gemeinnützigen Arbeitsfeldern existieren keine Rücklagen, die aus eigener Kraft eine Aufstockung ermöglichen.

Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung. In Verbundenheit im Engagement um wichtige gesellschaftliche und sozialpartnerschaftliche Aspekte gerade in den Zeiten besonderer menschlicher Herausforderungen grüßen wir Sie im Namen der Dienstgeber freundlich,

Norbert Altmann
Für die Dienstgeber der Caritas

Thomas Sopp
Für die Dienstgeber in der Diakonie